

# Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

**Bezugspreis:** mit den Beilagen: „Wider der Woge“, „Landmanns Sonntagblatt“, etc. durch die Post Nr. 240 ohne Versteckgeld, durchboten Nr. 2— frei  
Daus monat. Ergeht werktäglich nachmittags, Einzelnumm. 10 Pfg. Sonnabends 20 Pfg. Geschäftsstelle: Kallertstr. 4 (Gaußstraße) und Gosthardstr. 38. — Im Falle bösserer Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückvergütung.



**Anzeigenpreis:** für den 8 getheilten Millimeter 10 Pfg., in Restame-  
teil (8 getheilten) 40 Pfg., für Schrift und Anzeigen 30 Pfg.  
Aufschlag, Familienanzeigen ermäßigt. Abdruck nach Tarif. Erfüllungsort Merse-  
burg. Ausgabestunde 10 Uhr vormittags. — Für unerbetene Zusendungen wird  
keine Gewähr geleistet. — Postfachkonto Leipzig 16654. Fernrufnummer 100/101

Nr. 235

Mittwoch den 7. Oktober 1925

185. Jahrgang.

## Frankreich will Garant für die Ostgrenzen sein.

**Vor dem Scheitern der Verhandlungen. — Gefährliche Geheimniskrämerei.**

**Deutschland soll geködert werden!**

Paris, 7. Okt. Die Konferenz von Locarno ist in Paris vorläufig noch immer Gegenstand optimistischer Kommentare, obwohl die Mehrzahl der Blätter ausdrücklich hervorhebt, daß

**noch kein greifbares Resultat**

vorliege, das die von den alliierten und deutschen Delegierten zur Schau getragene Zuvorkunft befriedigend erscheinen ließe. Im übrigen ist man der Ansicht, daß

**das Schicksal der Konferenz sich bereits heute oder morgen entscheiden wird.**

nachdem die alliierten und deutschen Delegationen getrennt die Erörterung der beiden brennendsten Fragen, des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und die französische Garantie der Rüstverträge aufgenommen haben.

Der „Temps“ warnt vor voreiligem Optimismus. Es frage sich, ob mit der Unterzeichnung des Schiedsvertrages tatsächlich die endgültige Befriedigung Europas erreicht wird. In die Worte Chamberlains antwortend sagt das Blatt weiter, man könne die Vergangenheit vergessen, obwohl Deutschland nichts getan habe, damit ihm Verzeihen werde. (1) Doch dürfte man nicht die Lehren der Vergangenheit außer acht lassen.

Die „Alberte“ bringt folgende Information: Nach gewissen Nachrichten zu schließen, wird Briand die deutsche Delegation auffordern, Schiedsgerichtsverträge mit den östlichen Nachbarn abzuschließen.

Der französische Außenminister wird darauf bestehen, daß sie die Verpflichtung übernehmen, die Grenzen im Osten nicht durch Anstich zur Gewalt abzuändern.

Frankreich würde im Austausch sich mit einer Abänderung des Bezugsregimes ab dem linken Rheinufer einverstanden erklären und so weit gehen, daß die Befestigung unsichtbar gemacht werde. Dazu kommen gewisse Zugeständnisse, die der deutschen Regierung im Saargebiet und auch sonst gemacht werden würden.

Wie wenig verlockend dieser Köder der „Alberte“ ist, beweist die erfreuliche Stellungnahme der Deutschen Volkspartei des Rheinlandes, die in nachstehender Meldung enthalten ist:

**Keine Erleichterungen durch**

**gefährliche Bedingungen.**

Köln, 6. Okt. Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz hat an den Minister des Inneren Dr. Stresemann nachfolgende Entschlüsse gefaßt:

„Das besetzte Gebiet empfindet es bitter, daß entgegen den Verläufer Vertragsbestimmungen die nördliche Zone nicht gekümmert wurde und daß auf dem ganzen besetzten Gebiete nach wie vor die schwere Last der Besatzung liegt mit allen ihren die Freiheit der Bevölkerung schwer bedrückenden Einschränkungen.“

So stark aber auch der Wunsch des besetzten Gebietes auf Milderung und Erleichterung ist, möchten wir nicht verhehlen, abermals zu betonen, daß wir keine Erleichterungen für das besetzte Gebiet wünschen, die geeignet wären, die Linie der gesamten Politik des Reiches zu stören und Bindungen anzuknüpfen, die auf die Dauer gefährlicher wären, als Erleichterungen möglich und erträglich sind.

Die Arbeitgemeinschaft ist der Auffassung, daß allein die Geltung der deutschen Außenpolitik in der Lage ist, hier die Grenze im Interesse der gesamten Politik des Reiches zu finden.

**Ein Kommunikative der Delegierten**

Locarno, 6. Okt. Nach der Konferenz wurde von den Delegierten folgendes Kommunikative vereinbart:

„Die Konferenz trat heute nachmittags 4 1/2 Uhr zum zweiten Male zusammen. Es wurde die Erörterung des Schiedsvertrages fortgesetzt. Die Fragen wurden einer Generaldiskussion unterworfen, die am Mittwoch vier Uhr nachmittags fortgesetzt werden soll.“

**Ein Rededuell Stresemann—Briand**

Paris, 6. Okt. Ueber die heutige Vollstimmung in Locarno ist in Paris ein Bericht eingetroffen, in dem es heißt: Die Konferenz erörterte die beiden Fragen, die von den Juristen nicht erledigt worden, nämlich die des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und der Garantie der Schiedsverträge in den Osten durch Frankreich. Stresemann, Chamberlain und Briand nahmen an der Erörterung teil.

**Der Reichsaussenminister führte aus:**

Der abzuschießende Pakt sei schwer mit den Alliierten in Einklang zu bringen, welche Frankreich in früherer Zeit mit Belgien, den Niederlanden und der Schweiz abgeschlossen hatten. Wenn man nun Verträge abschließen wolle, welche zur allgemeinen Pazifizierung führen sollten, könne

Frankreich sich nicht mehr das Recht vorbehalten, Sanktionen gegen Deutschland zu ergreifen. Stresemann hob auch hervor, daß er auf die deutsche

öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müsse, welche es ihm verbieten würde, dem Standpunkte Frankreichs zuzustimmen.

**Briand erwiderte,**

daß es nicht Frankreich war, welches Deutschland den Pakt angetragen hätte, sondern umgekehrt, daß Deutschland an Frankreich herangeht, damit ein Garantievertrag abgeschlossen werde.

Von Anfang an habe sich Frankreich auf den Standpunkt gestellt, daß die neuen Verträge dazu bestimmt seien müßten, Frankreich ergänzende Garantien zu geben und daß es ausgeschlossen sei, daß der Verfallener Vertrag oder die Völkerbundsakte irgendwie abgeändert werden könne.

Anßerdem könnten die Sonderabmachungen, die Frankreich mit seinen kleinen Alliierten geschlossen habe, durch den Pakt in keiner Weise berührt werden.

**Schwierigkeiten und Widerstände.**

**Der heutige Vormittag.**

Locarno, 7. Okt. Der heutige Vormittag war von internen Beratungen der Alliierten unter sich angefüllt. Die Schwierigkeiten und Widerstände, die sich seitern sofort bemerkbar machten, als die Verhandlungen in die großen politischen Fragen hineingingen, haben es nötig gemacht, daß die Delegierten den größten Teil des Tages dazu benutzten, sich für die heutige Nachmittagsung der Konferenz vorzubereiten. Auch gehen sich die führenden Persönlichkeiten der deutschen Delegation noch in später Abendstunden zu einer wichtigen Besprechung zusammenzusetzen.

Am Vorfestem von Locarno und verschiedenen Hotels wurde gestern eine deutsche politische Korrespondenz verteilt, die in kurzen Worten das Ergebnis der gestrigen Sitzung feststellte und keinen offiziellen, nicht einmal offiziell Charakter hatte. Trotzdem hat diese Korrespondenz die Nervosität der französischen und englischen Delegierten erregt, und es wurde der deutschen Delegation eine Propaganda vorgeworfen gegen den Sinn der Beschlüsse der Delegationsdebatte.

Ministerialdirektor Kiepert hat infolgedessen sofort bei Chamberlain, Briand und auch bei der italienischen Delegation einen Besuch abgelegt, um eine eventuell auftretende Nervosität im Reine zu erklären. Man sieht aber aus diesen Reden, sehr seltenen zufällig, wie die friedliche und freundliche Atmosphäre von Locarno in Wirklichkeit ernst und gespannt ist.

Es wäre dringend zu wünschen, daß die deutsche Delegation keine zu weitgehenden Bindungen einget. Wir haben einen außerordentlich schweren Stand, und wir leben uns noch immer einer ziemlich geschlossenen Front der Alliierten gegenüber, die jeden Tag dazu benutzten, um ihre Auffassungen in Einklang zu bringen. Die deutsche Delegation muß durch die deutsche Presse unterstützt werden. Das Interesse der Verhandlungsteilnehmer ist eben verschieden. Es stellt sich heraus, daß der polnische Außenminister eine nicht formale Einladung der Entente erhalten hat, in den nächsten Tagen nach Locarno zu reisen, um sich gegenwärtig zu sein, wenn etwa politische Fragen zur Verhandlung gelangen sollten. Dabei fällt auf, daß Chamberlain sich dem Wunsche Briands in dieser Frage angeschlossen hat, während er sich dahin gegen die polnische Beteiligung ernie Bedenken erhoben hätte. Wie diese Sinnesänderung zustande gekommen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

**Italien kommt bereits den Westpakt-Entwurf.**

Berlin, 7. Okt. Wie aus Locarno gemeldet wird, soll der bisher als streng vertraulich behandelte Entwurf für einen schiedsgerichtlichen Vertrag bereits am Dienstag abend im „Popolo d'Italia“ und dem „Corriere della Sera“ veröffentlicht sein. Man vermutet, daß ein Mitglied der italienischen Delegation den Vertrauensdruck abgegeben hat.

Der Sonderberichterstatter des „Epoca“ in Locarno bespricht, Einverständnis in der Angelegenheit der Londoner Juristenkonferenz erhalten zu haben. Artikel 11 des Rheinlandpaktentwurfes setze den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund voraus, ohne nähere Angaben über die Form zu machen, in der er zu erfüllen hat. Artikel 6 erkennt an, daß der Garantiepakt die Rechte der Alliierten aus dem Verfallener Vertrag nicht beschneide. Zugleich sei darin gesagt, daß auch die Rechte unberührt bleiben sollen, die die Alliierten als „Verbindliche“ oder „Garanten anderer Mächte“ erworben haben können.

Trübe das letztere zu, dann dürfte die deutsche Regierung unter keinen Umständen zustimmen.

**Dr. Beneš nach Locarno abgereist.**

Prag, 6. Okt. Heute vormittag ist Außenminister Dr. Beneš in Begleitung des Konjunktionsabtes und des Universitätsprofessors Kromar nach Locarno abgereist. Zur Verabschiedung auf dem Bahnhof waren ihm neben einer An-

## Was nach der Begrüßung kommt . .

Es war nur selbstverständlich, daß beim Beginn der großen Konferenz von Locarno sich alles gegenseitig herzlich begrüßte und der besten Hoffnungen auf einen guten Erfolg versicherte. Aber es wäre falsch, dadurch von vornherein anzunehmen, daß die ganze Konferenz in diesem Geist fröhlichster Höflichkeit befristet sein würde. Kein guter Geschäftsmann fällt mit der Türe ins Haus.

Zunächst hat sich auch herausgestellt, daß die ersten Schwierigkeiten nicht auf sich warten lassen. Die Krankheit des Reichsaussenministers hat wohl einige Sitzungen verabschiedet, aber die tatsächlichen Differenzen kamen automatisch, zunächst handelt es sich nur um die Arbeitsverteilung. Man muß sich darüber klar werden, was die Juristen beabsichtigen, welche Punkte sie klären wollen, um die dann zur weiteren Erörterung an die Außenminister selbst abzugeben. Schon hier kommt es zu Meinungsverschiedenheiten, weil die deutsche Delegation anscheinend gern den Sekretariat veröffentlicht läßt, den die Juristen in London ausgearbeitet haben und der in einigen wesentlichen Punkten bemerkenswertes Entgegenkommen gegenüber Deutschland beweist.

Die Hauptschwierigkeit aber ist die Abgrenzung des gesamten Dispositionsstoffes. Schon in den ersten Tagen muß entschieden werden, ob man sich nur über den Westpakt oder auch über die östlichen Schiedsverträge und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund unterhält. Schon sind Bestrebungen im Gange, die darauf abzielen, Deutschland mit einigen Zugeständnissen am Abhebel eine Zustimmung zu einer französischen Garantie der Rüstverträge abzukaufen. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß die angeblichen Zugeständnisse am Rhein nur die Erfüllung alter berechtigter deutscher Forderungen sind, die von uns zur Voraussetzung eines Paktabschlusses überhaupt gemacht werden.

Die Frage der Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei ist noch völlig ungeklärt und wir finden die dringende Hoffnung aus, daß die deutsche Delegation, eingebunden durch mitgegebenen Richtlinien, auf einer freien Entscheidung dieser Fragen von der Diskussion des Westpakt befreit. Die Haltung der Tschechen gegenüber der jüdischen Tagung in Berlin und die gerade jetzt gemeldeten politischen Erpressungsverläufe an Deutschen Mindeberichten, denen die Unterfertigung zu einer Forderung nach Verbleib Oberschlesiens und Kommerziellen bei Polen abgezwungen wurde, beweisen, daß bei diesen Raubzügen noch sehr viel an den gestrigen Voraussetzungen für den Abschluß von Schiedsverträgen fehlt.

Die Frage des Artikels 16 steht schon jetzt zur Debatte bei den Juristen. Deutschland verlangt für ihn eine Interpretation, in der zugestanden wird, daß ein Durchgangsrecht und ein Zwang zur Teilnahme an einer militärischen Operation auf das Reich nicht ausüben werden kann. Eine derartige Präjudiz ist bei der Schweiz schon geschaffen. Deutschland aber will man dies Zugeständnis nicht machen. Auch hier liegt der deutsche Standpunkt eindeutig klar. Die deutsche Delegation kann gar nicht nachgeben.

Die größte bisher ungeklärte Schwierigkeit aber liegt doch in der verschiedenen Auffassung von den Aufgabebereichen der Konferenz. Chamberlain sagt, Locarno sei nur eine Vorbesprechung, er glaube und wünsche aber doch einen endgültigen Abschluß, das beweist seine Bitte an Mussolini, zur Unterzeichnung doch verbindlich zu erscheinen. Frankreich äußert die größten Bedenken über solch „leichtfertige“ englische Neigungen. Deutschlands Aufgabe ist auch hier klar: unsere Delegation kann gemäß ihren Richtlinien nichts Endgültiges vereinbaren. Auf jeden Fall also können wir beruhigt der Entwidlung der Dinge zusehen, denn vor peinlichen Lieberarrangements schützt uns die Notwendigkeit einer Lieberprüfung der Ergebnisse von Locarno, bevor es zu irgendwelchen Verträgen kommt.

Nach von tschechischen offiziellen Persönlichkeiten auch der deutsche Gesandte eingehenden.

Die polnische Delegation mit Strzyński an der Spitze reiste gestern abend nach Locarno ab. Die Delegation ist verläßt worden und zwar bezeichnenderweise durch Sachverständige in speziell deutschen Fragen, dem Rat der polnischen Gesandtschaft in Berlin, Jamblyk und dem Direktor des deutschen Rates im Außenministerium Ustalski. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, ist dieser Besuch gestern abend nach Abhängnahme mit der französischen Regierung gefaßt worden.

**Unschöne Annäherung.**

**Einpruch gegen die Aundgebung der Sudetendeutschen.**

Prag, 7. Okt. Der Abgeordneteklub der tschechischen Nationalpolitischen Partei hat eine dringende Interpellation an den Außenminister eingeholt, welche sich gegen die Berliner Tagung des Sudetendeutschen Heimatsbundes richtet. In der Interpellation, welche von einem persönlichen Freunde Beneš, dem Abgeordneten Dr. Hofbauer stützt ist, wird dagegen Stellung genommen, daß das Reichstagsgebäude für diese Aundgebung zur Verfügung gestellt wurde, und der Außenminister gefordert, ob er dagegen einträglich sein gedenke. (1)

### Das Stadium des Stillhaltens.

Es bestätigt sich immer mehr, daß die Konferenz bereits einen Punkt erreicht hat, bei dem man in die Probleme und damit

#### in die Schwierigkeiten hineingefallen

ist. Man kann es dahingestellt sein lassen, ob es wirklich schon so weit ist, wie die Engländer behaupten, daß man schon um die politischen Hauptfragen gewirbelt habe, die nicht direkt im Sicherheitspakt stehen, sondern von der deutschen Delegation als Inanspruchnahmen mitgebracht seien, ohne die für Deutschland der Abschluß eines Sicherheitspaktes, selbstverständlich, nicht ausbleiben wie er muß, undenkbar ist. Immerhin, der Ernst der Verhandlungen hat begonnen, er hat jedoch so stark eingeleitet, daß schon diese Tatsache allein die Konferenz von Vocoarno von allen früheren Zusammenkünften unterscheidet. Dr. Stresemann charakterisierte diese Konferenz, dahin, daß hier von Anfang an unerbittlich hart gearbeitet werde. In der Tat hat man die Präliminarien aufs Mächtigste beschränkt. Daß bereits heftige Fragen zur Tagesordnung stehen, geht ja auch aus dem amtlichen Bericht hervor. Ueber das aber, was verhandelt worden ist, darüber wird

#### der Schluß des letzten Geheimnisses geübt,

so daß man von einem Stadium des Stillhaltens sprechen kann. Vielleicht wird es nicht lange dauern. Stänger und Außenminister haben Verständnis für den unbeherrschten Zustand der Vertreter der deutschen Presse im Dunkel herumtaumeln und nichts Zufälliges sagen können. Sie wünschen darum selbst, daß die Paie bald vorübergehe, denn es ist

#### kein Zweifel, über die Gefahr,

daß die deutsche Presse für diese Zeit ohne eine einheitliche Linie bleibt. Die Auswirkungen müssen natürlich äußerst unangenehm sein. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß sie ganz besonders Grund hat, vorzüglich zu sein und nicht die Gefühllichkeit in Dinge einzuführen, über deren Behandlung die Gegenstände möglichst viel freier disponieren kann, als wir selbst, wenn wir unsere Situation nicht erschweren wollen. Man habe von vornherein gesagt, daß sehr schwierige Probleme gelöst werden müssen. Durch das komplizierte Aneinandergeraten der verschiedenen Fragen sei die Materie in einer Fülle von Schwierigkeiten verwickelt, deren Bearbeitung mit aller Energie erstrebt werden müsse. Aus dieser Verwicklung erkläre sich das Gebot absoluten Schweigens, das wenigstens zunächst befolgt werden müsse. Die deutsche Delegation sei trotz aller Schwierigkeiten mit dem größten Ernst und dem besten Willen an die große Aufgabe heranzugehen. Dieser Geist werde sie auch für die weiteren Verhandlungen befehlen.

### Uffischerin in Meran.

Rom, 7. Okt. In den nächsten Tagen wird Uffischerin in Meran eintreffen. Der Gesandte Sowjetrusslands in Rom ist vor einigen Tagen von Rom abgereist und in Meran eingetroffen, wo er Zimmer in dem größten Hotel bestell hat.

Wie man nach russischen Nachrichten feststellen kann, ist der Besuch Uffischerins in Meran nicht auf seinen eigenen Beschluß, sondern auf politische Anregung zurückzuführen. Das läßt darauf schließen, daß der politische Außenminister die Verbindung an Rußland dazu herangebracht hat, um einen Druck auf die Weimarer Regierung auszuüben, die die politischen Bedingungen günstiger zu machen. Das scheint auf England nicht ohne Wirkung gemessen zu sein.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ berichtet von einer recht bemerkenswerten Wirkung der Heise Uffischerins. Er sagt, daß der bedeutendste Erfolg dieser Heise in der Schaffung einer neuen Lage auf der Ostfront besteht, die die Weimarer Regierung zu Gunsten der Ostfront in Vocoarno behandeln werden wird. Bisher wird Graf Erzgrubski im Namen Polens angegeben, daß

Sowjetrussland ebenfalls zu Rate gezogen werden soll, genau wie die Mächte, die formell auf der Konferenz zugegen sind. Dieser politische Antrag würde die bereitwillige Zustimmung Deutschlands finden und auch Veneid dürfte in der Zwischenzeit seinen Standpunkt geändert haben und diesem Vorschlag zustimmen. Die Besetzung Uffischerins ist noch. Dann wird die interessante Frage entstehen, wie sich England und Irland zu der neuen Situation verhalten werden.

### Die englische Presse über Vocoarno.

London, 7. Okt. Die Berichte der englischen Blätter aus Vocoarno sind, obwohl die allgemeine Stimmung, als auch die „Westminster Gazette“ berichtet über die Konferenzausläufe. Die Konferenz wird wahrscheinlich mit einer Garantie der französisch-deutschen Grenze und einem Abkommen enden, das dahin geht, daß Deutschland die dem Vertrag zu ändern, während Frankreich auf das Recht verzichten würde, Truppen über den Rhein oder durch Deutschland zur Unterdrückung seiner östlichen Alliierten zu schicken. Diese Auffassung beruht indessen auf einem partiellen Bericht des „Manchester Guardian“.

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Vocoarno gibt ein sehr viel weniger optimistisches Bild der Verhältnisse. Die deutsche Delegation hätte ihre Stellungnahme auf die deutsche Note vom 20. Juli und nehme dabei an, daß die französische Antwort, die darin vorgebrachten Fragen nicht beantwortet habe. Die Alliierten überließen Händen auf der Grundlage der deutschen Note vom 9. Februar, aber — so sagt die „Times“ — von der Note vom 9. Februar ausgehend, haben sich die Vorkundgebungen jedoch entzweit. Die deutsche Note vom 20. Juli enthält Fragen, die von der Tagesordnung der Konferenz entweder durch ausdrückliches Abkommen oder jedenfalls losgerisene ausgeklüffelt sind.

Der Bericht des „Daily Telegraph“ schreibt, in deutschen Kreisen berichtet gedämpfter Optimismus. Die Schwierigkeiten der Konferenz wären recht groß angesichts der so verwirklichten und schwierigen Fragen, die zu benütigen wären. Man müßte nicht den Versuch machen, ihnen auszuweichen.

### Es wird fortgelogen!

#### Ein echter Sauerwein.

Die englische und die französische Presse benutzen die Aufmerksamkeit Uffischerins in Berlin, um durch die unünftigen Kombinationen für das Interesse der Alliierten in Vocoarno Stimmung zu machen. So hat der Berichterstatter des „Matin“, Sauerwein, der schon über das deutsche Memorandum zur Kriegslösung falsche Meldungen und sogar falsche Informationen über eine Unterredung mit dem Außenminister Dr. Stresemann nach Paris übermittelte, die Entscheidung gemacht, daß Uffischerin Deutschland ein Willkommenswort, das die Konferenz in Vocoarno schließt, habe, wenn die Konferenz in Vocoarno schließt. Der russische Außenminister Fürst Litkevitsh hat diese Worte als frei erfunden bezeichnet. Uffischerin hat nach seinen Mitteilungen den Sauerwein, das „Matin“ überhaupt nie gesehen.

### Abschluß des Rußland-Kredites.

Moskau, 6. Okt. Wie der Finanzkommissar Sokoloff einem Vertreter der Sowjettelegraphenagentur mitteilt, ist zwischen der Staatsbank der Sowjetunion und einer Gruppe deutscher Großbanken

ein Kreditabkommen in Höhe von 75 Millionen Goldmark zustande gekommen. Dieser Bankkredit soll zusammen mit einem Handelskredit eine Wareneinfuhr aus Deutschland in Höhe von 100 Millionen Mark ermöglichen. Der deutsche Kredit wird, wie Sokoloff erklärte, eine sofortige Erweiterung der Einfuhr von Maschinen und Gebrauchsgegenständen ermöglichen und zwar noch die Rußland aus seinen eigenen Exporten Auslandsalute erhält. Der deutsche Kredit soll den Start zu einer Reihe großangelegter langfristiger Kreditabkommen der Staatsbank bilden.

Die Anleihe wird hier enthusiastisch begrüßt. Das Mitglied des Volkskommissariats für Finanzen Sokoloff erklärte, es sei schwer, die Bedeutung der Anleihe zu schätzen. Er sei

#### das erste Loch in der Finanzblase gegen Rußland.

Die Zeitung „Gromoschnykh“ schreibt: Die Anleihe gegen die Sowjetunion nicht nur ihr Programm für den Export angeht, sondern auch durch das Fallen des Wertes des Ruppes geschädigt. Der Export nicht zu erhalten, sondern es ermöglichte Rußland sogar, seinen Export für das erste Quartal des Staatsjahres zu erhöhen, um dem Warenmangel zu begegnen, der das erste Problem der Sowjetwirtschaft geworden ist.

In einer Klausel des Kreditabkommens ist vorgesehen, daß die Sowjetbank die Anleihe in Dollar zahlbar zu machen und zu zahlen. Die Gromoschnykh hat die Ansicht, daß diese Klausel nicht zu erhalten, sondern es ermöglichte Rußland sogar, seinen Export für das erste Quartal des Staatsjahres zu erhöhen, um dem Warenmangel zu begegnen, der das erste Problem der Sowjetwirtschaft geworden ist.

### Gleichberechtigung Deutschlands eine Phrase.

#### Einkerbung einer internationalen Wirtschaftskonferenz.

Paris, 6. Okt. Aus Brüssel wird gemeldet, daß der Ausschluß der internationalen parlamentarischen Wirtschaftskonferenz heute die Bedeutung der Einkerbung einer allgemeinen internationalen parlamentarischen Wirtschaftskonferenz, die den 26. Mai 1926 zu Ende geführt hat. Gegenüber einer lebhaften Debatte bildete besonders die Frage der Zulassung deutscher Delegierter. Die französischen Mitglieder des Ausschusses beantragten zu beschließen, daß deutsche Abgeordnete erst nach dem Abschluß der Wirtschaftskonferenz in den Ballroom eingeladen werden sollten. Die flandrischen und holländischen Delegierten widersprachen dieser Auffassung und beantragten die sofortige Zulassung der Deutschen. Nach einer Intervention des italienischen Abgeordneten, der der französischen Auffassung beipflichtete, wurde beschlossen, die eventuelle Zulassung der Deutschen nach dem Ergebnis der Konferenz von Vocoarno zu beschließen.

### Eine neue polnische Provokation.

Das Schulratorium in Thorn hat an der deutschen Schulbehörde in Weidau zwei Verträge die Unterrichtsverhältnisse entgegen. Durch diese Verträge ist die Fortsetzung der Erziehung in Thorn, das schwerste, selbstständig. Das Vorhaben des Schulratoriums in Thorn muß umso mehr als eine zielbewusste Provokation gegen das Deutschland aufgefaßt werden, als in dem bekannten Bromberger Schulband der Außenminister Grafskopf auf Vorkündigung der deutschen Abgeordneten in Weidau ausdrücklich erklärt hat, daß das damalige Vorhaben des Roten Kararatoriums ohne seinen Willen erfolgt ist. Umso auffälliger ist es, daß man in Thorn die gleichen Schritten gegen eine deutsche Schule in Brommerellen ausübt, und zwar in einem Moment, in dem polnische Unterhändler zu Wirtschaftsverhandlungen nach Berlin reisen werden.

### Konflikt zwischen Grabski und Sikorski.

Warschau, 6. Okt. Zwischen dem Ministerpräsidenten Grabski und dem Kriegsminister Sikorski ist ein Konflikt entstanden, der sich im Austausch harter Briefe und heftiger Diskussion im Ministerrat ausgedehnt haben soll. Der Vertreter russischer Interessen, der Roten Kararatoriums Kontrolle in seinem Ministerium über die Weimarer und Sachausgaben des Heeres vorgenommen haben. Der General Sikorski habe in seiner Antwort auf die Vorwürfe darauf hingewiesen, daß die Regierung dazu fähig sein müsse, die Bedürfnisse der Militärbedeutung des Landes zu befriedigen, oder sie müsse zurücktreten und einer Regierung Platz machen, die ihren Aufgaben gerecht werde.

### Polnische Wirtschaft.

#### Der abgerissene Salzwagen Uffischerins.

Wod, 6. Okt. Als der Zug mit Uffischerin in Lodz eingetroffen war, wundert sich die Zeitungsliese über die halbblinde Verfassung des Zuges. Nummer zwei bekannt, daß die letzten beiden Waggons des Zuges, darunter der Speisewagen und Salzwagen Uffischerins sich lösen stürmten vor Jäger losgelassen haben und auf der Strecke stehen geblieben sind. Erst kurz vor Wod bemerkte man, daß man Uffischerin verloren hatte. Der Zug fuhr zurück und nahm die Waggons wieder mit. Die Verpätung wurde geheim gehalten. Erst jetzt wurde der Grund bekannt.

### Aus dem französischen Ministerial.

Paris, 6. Okt. Der heute Vormittag zusammengetretene Ministerrat hat einstimmig den Außenminister Cleege zum Generalkonferenzpräsidenten von Vocoarno ernannt. Ministerpräsident Painleve erklärte Bericht über den Stand der Konferenz in Vocoarno. Bei Ausgang der Sitzung gab der Ministerpräsident bekannt, daß eine Umordnung des Kabinetts nicht in Aussicht stehe. Painleve wird sich wahrscheinlich damit begnügen, Herrn Cleege in der Person des geschäftsmäßigsten Unterredungsinners der Wozie, der das Ministerial weiter streife der Geheimrat erregte, einen Nachfolger zu geben. Zum Unterredungsinners dürfte Herr Delbot aus der persönlichen Umgebung des Ministerpräsidenten ernannt werden.

Der französische Innenminister ist gestern nachmittag, als er das Ministerium des Innern verließ, von einer Autodrochse überfahren worden. Er wurde schwer verletzt.

### Politische Rundschau

#### Uffischerin bei Vocoarno.

Uffischerin stante heute abend in Begleitung des Berliner Sowjetbotschafters dem Reichspräsidenten einen Besuch ab.

#### Österreich und die Völkerverbindungsfrage.

Im Hauptantrag des österreichischen Parlaments beantragte gestern der Abgeordnete Dr. Bauer im Namen der Sozialdemokraten die Abschaffung des Völkerverbindungsrechts zwischen, weil sie unvereinbar seien mit der Freiheit und der Würde der Republik.

#### General Dupont Untersuchungskommission in Syrien.

Ministerpräsident Painleve hat den General Dupont, Mitglied des Obersten Rates, mit der Untersuchung der Ereignisse in Syrien beauftragt.

#### Unterbrechung der Verbindung nach Griechenland.

Sämtliche Telefon- und Telegraphenverbindungen mit Griechenland sind seit gestern unterbrochen. Ueber die Ereignisse besonders über die Verbindung des Belagerungsstandes können keinerlei Mitteilungen hierher gelangen.

#### Eine neue Ernennung des Coolidge.

Präsident Coolidge hat auf der Tagung der amerikanischen Mission eine Rede gehalten, in der er sagte, die Lehren des letzten Krieges würden verloren gehen, wenn nicht dem Massenkampf ein Ende gemacht würde und die Säuberung der Welt allgemein durchgeführt würde. Coolidge sagte eine allgemeine Ausdrucks, daß Amerika sich an die Spitze dieser Bewegung stellen werde.

### Der Parteivorstand des Zentrums über Vocoarno.

Auf der Tagung des Parteivorstandes des Zentrums in Berlin wurde folgende Entschluß angenommen: „Der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei spricht die Erwartung aus, daß die Konferenz in Vocoarno zu einer Vereinbarung führt, die

in jeder Beziehung die Ehre Deutschlands wahrt und einen weiteren Schritt auf dem Wege der endgültigen Befriedigung Europas bedeutet. Als schwierigste Aufgabe eines Sicherheitsabkommens betrachten wir insbesondere die unerbittliche Räumung der Rheinzone, die Festsetzung eines einheitlichen, wesentlich verkleinerten Terrains für die Räumung der übrigen besetzten Gebiete, sowie eine dem Geiste des Abkommens entsprechende gerechte und billige Handhabung des Besatzungsregimes.“

### Aus Stadt und Umgebung

#### Die gefährliche Waterloostraße.

Besamntlich wurde im Mai dieses Jahres infolge der für den letzten Verkehr gänzlich unbrauchbaren Lage der Waterloostraße und ihrer Einmündung in die Burgstraße ein Antrag der Bauverwaltung gestellt, die Straße hat nun Pläne ausgearbeitet, die wenigstens vorläufig dem größten Teil abgeschlossen und die jetzt tatsächlich vorhandene Lebensgefahr beseitigt werden könnte. Das soll durch Verklammerung der Straße bei der Einmündung der Burgstraße in die Brücke mittels Ausfüllung der Gasse zwischen Brücke und Burgstraße mit einem Straßendekel geschehen.

Wenn dies auch keine ideale und endgültige Lösung ist, so dürfte sie doch wenigstens die größte Gefahr, Anwohnern wurde sie allerdings die gefährliche Stelle für Fußgänger gebietet, aber ein solches Verbot nicht besamntlich nicht viel. Außerdem ist es einem mit den Verhältnissen unbedachten Fahrer oder Autofahrer, der von der Richtung Weingasse kommt, nicht, weil die großen Autos, besonders die Linienautos in der Burgstraße bei dem Anhalten auf die linke Seite stehen müssen, um die Straße heranzubekommen, und dies die entgegenkommenden Wagen infolge der hochgehenden Brücke nicht leben können. Das an dieser Stelle nicht noch viel mehr passiert ist, ist ein wahres Wunder.

Brückenunterhaltungspflichtig ist der preussische Staat, dem das Reich bei Übernahme der Wasserstraßen die Brücken und ihre Unterhaltungskosten vollständig überlassen hat. Auf Antrag der Stadt hat nun am 26. September eine Besamntlich durch mehrere Abgängervertreter stattgefunden, bei der die Mithände als vorhanden und der Vorstoß der Stadt zu ihrer Beseitigung als richtig anerkannt wurde. Es ist nun zu hoffen, daß nunmehr der Verwaltungssapparat etwas schnell arbeitet, damit die Verbesserung vor dem Winter fertig wird. Wie wir erfahren, hat die Stadt die Kosten der Staat das Geld bewilligt. Natürlich müßte die Stadt dann ihre eigenen einlebriges tun und auch die Aufwandskosten verbessern, soweit dies möglich ist. Zeit zu verlieren ist nicht, sonst haben wir bald ein neues Unglück dort, und das kann dem Staat mehr schaden, als die Verbesserung jetzt. Schließlich kann ja auch jeder Staatsbürger verlangen, daß die Stadt alle nötigen Anlagen zu hält, daß sie nicht eine Gefahr für Leib und Leben der Staatsbürger bilden.

### Die Kartoffelverorgung gefährdet!

Die Versorgung mit Kartoffeln für den kommenden Winter droht auf ernste Schwierigkeiten zu stoßen, falls es nicht gelingt, rechtzeitig große Mengen aus den Produktionsgebieten heranzuschaffen. Während in den früheren Jahren die Kommunen und industriellen Verbände die Verteilung übernehmen, werden sich in diesem Jahre die Verbraucher selbst um die Beschaffung kümmern müssen.

Die glatte Abwicklung im vorigen Jahre hat vielerseits zu einer gewissen Sorglosigkeit geführt, die mit dem Winter teilsweise berechtigt ist, da man mit einem frühzeitigen Eintritt von Frostwetter rechnen muß, der einen Abtransport unmöglich macht.

Die Ursachen für die Gefährdung einer ausreichenden Kartoffelverorgung liegen einzig und allein in der katastrophalen Ernte der diesjährige Ernte nur eine mäßige war. Der Handel ist aus Mangel an fräftigem Getreide nicht in der Lage, so große Mengen Kartoffeln heranzuschaffen, um den Bedarf der Bevölkerung vollst zu decken.

Wie ernst die Situation schon heute ist, geht daraus hervor, daß die Landwirtschaft einen Teil ihrer Kartoffelverorgung bereits auf dem freien Markt abzuführen. Da diese jedoch ebenfalls als Kapitalmarkt nur besamntliche Mengen aufnehmen kann, ist man in landwirtschaftlichen Kreisen offensichtlich dazu übergegangen, Speisekartoffeln zu Fütterungszwecken zu verwenden. Neben diesen Gefahren drohen noch Transportbeschwerden, da eine Zusammendrängung von Bestellungen leicht zu größeren Aufstockungen und Preissteigerungen führen kann.



# Reste

Jeden Donnerstag

kommen die sich im Laufe der Woche in allen Abteilungen angefallenen Reste, auf Tischen geordnet, zu sehr erheblich herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

## Otto Dobkowitz

Merseburg.

Entenplan 8.

## Auto- und Kutschwagen-Lackierungen

in heizbaren Räumen bei

**Karl Matthies**, Malermeister  
Telephon 106 Merseburg Teichstraße 25

Modern eingerichtete Lackierwerkstätte

— Ausführung sämtlicher Malerarbeiten —

— Kostenlose Besuche und Anschläge —

## Die Erlebnisse eines Staatsanwaltes.

Merlet. Wie Hans B. zum Mörder und wie er begnadigt wurde.

Über dieses Thema spricht am Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr im Saalhothar-Haus Der Verwaltungsratsrat a. D. L. v. d. Decken-Dresden. — Musikalische Darbietungen. — Jedermann willkommen! Eintritt frei! Christl. Verein Junger Männer.

## Heute Gesellschaftsabend und Tanz MÜLLERS HOTEL

Abends 8 Uhr: Abendanzug.

Geschäftsprinzip: Preiswert und gut!

## Kübler's gestrickte Kinderkleidung



zu Originalpreisen.

Verkaufsstelle:

**A. Henckel**, Delgrube 29.  
Spezialgeschäft für Woll- und Wirkwaren

## Flechten in 3 Tagen

geht durch Berlin-Salze Eine Dose Mk. 3. Bei Nichterfolg Geld zurück. — Crema (S. m. b. G) Stuttgart H. 152, Weinmarkt, 42

## Familiennachrichten aus Merseburg und Umgegend.

Geboren: Kurt Weß u. Frau Danni geb. Bahl, ein Sohn.

Vermählt: Kurt Siller u. Frau Renne geb. Köhler, Thalbart b. Querfurt.

Gestorben: Frau Anna Martich, Weissenfels, 64 Jahre; Johanna Seifert, Rittergut Storkau; Frau Emma Reichardt geb. Böge, Söffen; Henriette verm. Matheß geb. Danilich Köpen, 91 Jahre; Theodor Müller, Söffen; Lehrer Richard Köbe, Rothen-schirnbach, 49 Jahre.

Leser kauft bei unseren Inserenten!

## Wäsche zum Waschen, Plätten und Ausbessern wird angenommen

Kindenstraße 17 I.

**Wie leicht ist doch das Kochen mit Blauband-Margarine, sie ist die beste und billigste.**

Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekanntesten Packung.

**Schwan im Blauband**  
FRISCH GEKIRNT

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Kocher“ kostenlos zu verlangen.

## Billige Schlafzimmer

Aus meiner Riesen-Auswahl 3 Beispiele:

### Schlafzimmer

- echt Eiche
- 1 Spiegelschrank, 180 cm breit
  - 2 Bettstellen mit Patent-Rahmen
  - 2 Stuhle mit Auflagen mit Keil
  - 1 Waschkommode mit Marmor und Spiegel
  - 2 Nachtschränke mit Marmor
  - 2 Stühle gep.
  - 1 handtuchhalter
- komplett

980.— Mk.

### Schlafzimmer

- echt Eiche
- 1 Kommodenschrank, 200 cm breit
  - 2 Bettstellen mit Patent-Rahmen
  - 2 Stuhle mit Auflagen mit Keil
  - 1 Waschkommode mit Marmor und Spiegel
  - 2 Nachtschränke mit Apotheken
  - 2 Stühle gep.
  - 1 handtuchhalter
- komplett

1260.— Mk.

### Schlafzimmer

- echt Mahagoni od. Kirschbaum poliert
- 1 Spiegelschrank, 180 cm breit
  - 2 Bettstellen mit Patent-Rahmen
  - 2 Stuhle mit Auflagen mit Keil
  - 1 Waschkommode mit Marmor und Spiegel
  - 2 Nachtschränke mit Marmor
  - 2 Stühle gep.
  - 1 handtuchhalter
- komplett

1380.— Mk.

Kostenlose Aufbewahrung. — Freie Lieferung durch ganz Deutschland.

## Josef Hirsch - Leipzig

Zeitzer Str. 6b  
Nähe Königsplatz.

## Morgen Donnerstag Schlachtfest

von 9 Uhr ab: Gehacktes u. Wellfleisch nachm. frische Würstl.

**Gustav Bernsdorf**, Markt 7. Fernsprecher 414.

## Merseburger Ratskeller.

Bis 15. Oktober jeden Abend groß. Oktoberfeststummel

## Bauern = Verein.

Donnerstag, den 8. Oktbr., von abends 6 Uhr ab gesellschaftliches Beisammensein mit Damen zum Oktoberfest im Ratskeller.

## REKLAME DRUCKSACHEN

Benötigen Sie zur Hebung Ihres Umsatzes dann wenden Sie sich an die **Merseburger Druck- und Verlagsanstalt** Hälterstraße 4 L. Baliz Fernruf 100/101

Fachmännische Beratung jederzeit auf Anruf!

## Einzelne Schränke

weißlackiert und echt eichen, mit und ohne Spiegel in allen Größen sortiert preiswert lieferbar.

Albert Martick Nachf. Richard Zimmer HÄLLE & S., Alter Markt 2

## Jetzt pflanze Erdbeeren,

mer im nächsten Jahre Freude ernten will.

Starkbewurzelte Jungpflanzen in den Sorten **St. Leon**, selbstig und **Fruchtbar**, **Handlern**, mittelfrühe, hocharomatisch, Mk. 5.— für 100 Stück.

## Albert Trebb.

Gartenbaubetrieb, Hofstraße 12 und Blumenhaus a. Hofstraßendie Fernruf 10.

## Kusten, Atemnot

Schreibe alten Leiden den fern amton, wenn sich schon viele Tausende d. ihren schweren Lungenerkrankungen demselbst bereiten. Nur Stückmarke erwünscht.

**Walter Müllers** Heilgenstadt (Eichsfeld) M 74

## 50 Mark

wesentlich durch schriftliche Delmar. Verlangen Sie kostenlos Aufschlag von

**Wolfs Giegmann**, Nürnberg.

## Ein gut erhaltener Aufzug

billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Ein ordentlicher

## Knecht

in Landwirtschaft sofort gesucht.

Aghendorf Nr. 12.

# Die Sowjetunion und der Sicherheitspakt.

Von Georg Levinow-Berlin.

**Anmerkung der Schriftleitung:** Der Verfasser ist bekannt als ein warmer Befürworter des Schenkens von Rapallo; umso interessanter dürfte seine Kritik sein, die er an dem Sicherheitspakt im Folgenden äußert. Herr Georg Levinow-Berlin hat im Hinblick auf die abgelaufenen vier Jahre fast drei Jahre hindurch in der Sowjetunion auf- und ab- und ist von dort erst kürzlich zurückgekehrt.

Die Annahme der Einleitung zur Sicherheitskonferenz durch die Reichsregierung ist ein Schritt, der in seiner Bedeutung dem Abschluss des Rapallovertrages gleichsteht. Er ist ein mutiger Zug auf dem diplomatischen Schachbrett, der das Spiel ebenso beeinflussen dürfte, wie es seinerzeit der Rapallovertrag beeinflusst hat. Damals wurde Deutschland für die Entente mit einem Schlag zu einem beachtlichen Faktor auf der Konferenz von Genoa — heute tritt es aus der Isolierung heraus, die es bis zu einem gewissen Grade mit der Sowjetunion teilen mußte. Damals waren die Entente-Staatsmänner entsetzt, heute sind es die Sowjetrufer — wenigstens tun sie so. Zur Entrüstung ist wieder heute noch vor damals Veranlassung; Deutschland verließ sich damals nicht dem revolutionären Kommunismus, wie seine Feinde es behaupteten, und ebensowenig denkt seine heutige Regierung daran, sich als ein Werkzeug der Ententepolitik mißbrauchen zu lassen. Bei beiden Schritten handelte es sich in erster Linie darum, Pöbel und Jähling die Verhandlungsfreiheit und Selbstbestimmung für Deutschland wieder zu gewinnen, die im Zusammenbruch von 1918 und durch die Annahme des Diktats von Versailles abhanden gekommen waren. Der Weg zur vollkommenen Freiheit ist mühselig und an seinen Mängeln stehen wie Meilensteine unzählige Enttäuschungen. . . . .

Wenn man aber die Sowjetpresse liest, die bekanntlich ausschließlich die Ansichten der in Moskau regierenden Kommunistischen Partei wiedergeben darf, so hat man den Eindruck, als sähe die Sowjetregierung in dem neuen Versuch lediglich die Vorbereitung eines neuen Angriffs gegen die Sicherheit der Sowjetunion. Im Verlauf des ganzen letzten Jahres trat eine Nervosität zutage, die in einzelnen Fällen geradezu groteske Formen annahm. Wer Gelegenheit hatte, hinter die Zeitungsfassaden zu blicken, weiß, daß die Nervosität einen tiefgehenden Grund hat. Die Sowjetunion braucht für sich viele Jahre Frieden, um die schädlichen Folgen des Weltkrieges, der Bürgerkriegs und Interventionen und vor allem der festsitzenden Wirtschaftsexperimente, mit denen sie ihre Wälder besetzt hat, zu überwinden. Der Friede ist einmal notwendig, um die Ausgaben für Heer und Flotte auf das geringste Maß beschränken zu können und zum zweiten, um die moderne Kriegswirtschaft ebenso wie die Verkehrsmittel auf die gleiche Höhe zu bringen, auf der sie sich in Westeuropa außerhalb Deutschlands befinden. Ferner braucht die Sowjetunion Zeit, um ihrer Außenpolitik die erforderliche Festigkeit zu geben und sich in Persien, in China und in den kleineren dasjischen Ländern Staaten Volkswirtschaft und eine Angriffsbasis gegen das britische Imperium zu schaffen.

Die Erfolge auf allen diesen Gebieten werden in Frage gestellt oder doch bestimmt eingeschränkt, wenn es Westeuropa gelingt, sich schon in einem Zeitpunkt zur Ruhe zu kommen, in dem Sowjetland innerlich noch nicht genügend erkrankt ist. Das sind die letzten Gründe, warum die Sowjetregierung sich durch jeden Schritt einer Macht bedroht fühlt, der mit zur Befriedung Europas beitragen könnte. Zu solchen Schritten gehört aber auch alles das, was die deut-

sche Regierung seit Jahr und Tag tut, um durch Verständigung mit den Ententemächten dem deutschen Volk eine friedliche Existenz unter den Weltvölkern zu sichern.

Auf diesem breiten Hintergrunde wachsen nicht nur die unersättlichen Forderungen der „Brand“ und der „Jedem-sein“, sondern wächst auch die gesamte reinpolitische, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Tätigkeit aller Organe der Sowjetrufer im Ausland, die wir als diplomatische Vertretungen, als Vertretungen des staatlichen Handels und als Vertretungen der Komintern kennen. Das glänzende Zusammenspiel aller dieser in freierer Disziplin organisierten Organe, ihr zur Schau getragener Realismus, wo es sich um die Beziehungen von Staaten und Nationen handelt, und ihre kriegerische Scharfheit, wo es gilt den Klassenkampf innerhalb der Nationen zu führen, — alles dies ist bedrohlich, sobald Deutschland und Frankreich und England und einander „modus vivendi“ miteinander gefunden haben und mit gebührender Wirtschaft auch die wirtschaftliche ihren bedenklichen Charakter für Westeuropa verlieren. Überdies würde die russische Außenpolitik erheblich werden, wenn England einen freien Rücken auf dem europäischen Kontinent erhielt durch Verständigung mit Deutschland und Frankreich. Wir begreifen daher, wenn sich Herrn Tschitscherins Schritt in Nummer 5050 halten legt und wenn seine Freunde in einer ihnen sonst fremden menschlichen Regung die Schuld für eine solche Moskau unwillkommene Entwicklung überall wo anders, auch bei Deutschland, und nicht bei sich selbst suchen.

Und doch tragen die Moskauer Bolschewiken ein gut Teil der Verantwortung dafür, wenn die öffentliche Meinung in Deutschland schon jetzt für eine Annäherung an Frankreich gewonnen werden konnte. Ihre Diplomatie ist durch die Parteigründungen, die jeden Kompromiß in der Politik verbieten, gebunden, und es fehlt die Autorität eines Lenin, die solche Gebundenheit überwinden könnte. Die Weraussetzung für den Sieg der Moskauer Politik — gleichgültig ob wir dabei das Sowjetrußland oder die Komintern ins Auge fassen — auf der großen Linie wäre das Chaos in Deutschland, d. h. die Unterwerfung des deutschen Völkergesamts unter die kommunistischen Wirtschaftsexperimente. Erst dann könnte Moskau zur Unterwerfung der Mandatstaaten und Belgiens unter seine Willen freiheit. So im übrigen das Chaos herausgeführt würde durch revolutionäre Erhebungen, wie z. B. in Sachsen und Hamburg, oder direkt über eine Verständigung mit den englischen Gewerkschaften, das wäre eine Frage der Taktik. Umgekehrt beruht Deutschlands Interesse an einem Zusammengehen mit der Sowjetunion auf der Hoffnung für die deutsche Wirtschaft, zusammen mit der russischen Wirtschaft in die Höhe zu kommen. Die Zukunft der deutschen Wirtschaft wurzelt sehr wesentlich in dem inneren Wirtschaftsfrieden zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern, nicht aber auf dem Sieg des Klassenkampfes, den die Moskauer Internationale predigt. Die Sowjetregierung könnte aus dieser Hinsicht nicht heraus, auch wenn sie es wollte. Sie würde die Zusammenarbeit ihrer Macht zerstören, wenn sie aus Gründen internationaler Politik z. B. in Deutschland dem Wirtschaftsfrieden ein Wort reden würde. Sie würde damit nicht nur die deutschen Kommunisten gegen sich aufbringen und einen Bundesgenossen verlieren, sondern auch den eigenen Kampf zu Moskau einen so tiefen Riß veranlassen, daß ihr Ende besiegelt wäre.

Dennoch hat Deutschland kein Interesse an einem schnellen Zusammenbruch der Sowjetregierung — trotz mancher Enttäuschungen und vieler Unbequemlichkeiten, die mit ihrem Bestande zusammenhängen. Deutschland kann nur aus einer friedlichen, allmählichen Umgestaltung Nutzen ziehen. Andererseits wird Deutschland mit den Kulturstaaten des Westens in dem Bunde verbunden, daß in Moskau der starke Bolschewismus abgebaut werde und sichere Rechtsverhältnisse an die Stelle der zurzeit herrschenden Willkür treten. Wenn es in Woznow oder sonst wo durch die bevorstehenden Sicherheitsverhandlungen gelingen sollte, Grundrissen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Kulturstaaten zu schaffen, würde eine weitere Folge die sein, daß Moskau sich zu einer Revision der bolschewistischen Methoden in der Außenpolitik entschließt. Einem zersplitterten Europa gegenüber ist die Sowjetunion ein unangenehmer Stoß mit unannehmbaren Bestimmungsmöglichkeiten — einem beschränkten Europa gegenübergekehrt, müßte Moskau zu Kompromissen freiheit. Das scheint uns unabweisbar, wenn auch die Wendung zum Guten nur ganz allmählich und nicht sofort als sichtbare Folge der Konferenz eintreten kann. Sehr wesentlich wird der mögliche Erfolg im Osten natürlich abhängen von der Art und dem Inhalt der Bedingungen, die die Ententemächte den zu erlösenden Frieden bereiten. Deutschland muß wissen, daß es das kleinste Eingeständnis höher bezahlen müssen, als es im Grunde tragen kann. Das ist der Ausdruck seiner Ohnmacht!

Zunächst kommt bei jeder aktiven Teilnahme an der Politik auf die Dauer mehr heraus, als bei einer Intransigenz, wie sie Moskau zur Schau stellt. Die Sowjetunion würde zweifellos ihre Stellung in der Welt fester festigen, wenn sie zur Politik Lenins zurückkehrte. Lenin hat bekanntlich seinerzeit durchgehört, daß die Sowjetdiplomatie in Genoa zugelassen würde. Einzelaktionen in Polen oder mit Hilfe der 3. Gewerkschaftsinternationale können diesen Neuling nicht ausgleichen. Genoa war die Voraussetzung für Rapallo.

## Die bulgarischen Unruhen.

Aus Sofia wird uns geschrieben:  
Der gemeinsame Minister Dragoff, der alte Führer des bulgarischen Bauernbundes, der schon seit 30 Jahren die Bewegung leitet, hat in einem in Sofia am 3. d. d. abgehaltenen Parteitag eine große politische Rede gehalten, in der er sich über die politischen Kämpfe, die sich in Bulgarien im Laufe des letzten Jahres abgelebt haben, folgendermaßen äußerte:

Das Grundübel an dem Bulgaren selbst, ist der zu große Egoismus. Der schon seit 1918 im Land durchdringt. Verschiedene Oppositionelle tun so, als ob sie darauf ausgingen, die Regierungsgeschäfte an sich zu reißen. In Wirklichkeit aber fürchten sie, diese Aufgabe zu übernehmen, denn sie müßten sich in eine Situation hineinwagen, die allen unangenehm ist. Unter Ziel muß sein, Bulgarien vor dem Zusammenbruch zu retten, aber nicht bloß das Exekutivkommando zu wechseln. Der Wille ist es notwendig, daß die Anhänger der Einheitsfront die weisse Fahne erheben, damit die Regierung, welche es auch immer sei, von der schwersten Sorge befreit werde, von der Verantwortung, den Staat und sich selbst gegen die inneren Unruhen und Kämpfe zu verteidigen. Die Leute vom Bauernbund haben nicht das moralische Recht, die weisse Fahne zu erheben, sie haben nicht das Recht, deren Opfer zu beklagen. Denn diese Morde und diese Opfer sind das Ergebnis des patriotischen Kampfes, den die Agrarier eingeleitet haben. Unsere Aufgabe ist und bleibt gegen den inneren Kampf zu protestieren, um den Streitigkeiten die Augen zu öffnen, um die vom Kampfe weg zu führen und sie unter der weisen Führung des Friedens zu sammeln, die wir seit zwei Jahren hochhalten.“

## Die größere Schuld.

Roman von Meinhold Ortman.

Nachdruck verboten.

34) Fortsetzung.  
„Kann dich das wirklich interessieren?“ — „Ja, ja. Sehr lebhaft sogar. Und du brauchst mir doch hoffentlich ein Geheimnis daraus zu machen.“ — „Mein. Soweit ich mich erinnere, sprachen wir von meiner Verlobung. Und Herr Holt wünschte mir Glück. Das war vor beinahe alles.“  
„Schade ist ein sehr bedauerlicher Begriff, liebe Signe. Aber ich muß dich nicht weiter mit Fragen belästigen. Ich bin nicht eifersüchtig auf diesen Holt.“  
„Sie drehte sich nach ihm um und sah ihn mit großen Augen an. „Du bist nicht eifersüchtig auf ihn? Weshalb hältst du es für nötig, mich dessen erst noch zu versichern?“ — „Na, erlaube mal, Kind! — Gar so sehr dariesst du dich doch nicht wundern, wenn ich es wäre. Dein Interesse für den bürgerlichen Diktatormann ging schon ein bißchen weit. Und wenn ich miträufeln wäre, könnte ich die falsche Laune, die du mir heute zu zeigen beliebt, recht wohl in einen unzufälligen Zusammenstoß bringen mit dem Besuche des Herrn Holt. Ich könnte zum Beispiel annehmen, daß es dir jetzt, wo er eine sogenannte Verlobungstafel geworden ist, leid tut, nicht ihm den Vorzug vor meiner unbedeutenden Person gegeben zu haben.“ — „Das ist lächerlich. Somit habe ich dir einen Anlaß gegeben, mir weise zu tun?“

„D.“ fiel er ein, „nur keine Gefährlichkeit, liebe Signe. Wir wollen uns doch nicht antanzen. Und da du wohl wirklich in einer gewissen Hinsicht etwas anders geartet bist, als die meisten weiblichen Wesen, bin ich ja auch bereit, mich in Geduld zu fassen.“

„Signe hatte keine Erwiderung mehr, und nach einer kurzen Stille sprach er auf dem Programm eines Konzerts, das sie am Abend gemeinsam zu besuchen gedachten, in so unbedingten leichten und heiteren Ton, als hätte er sich gar ganz selbstverständlich, daß die eben geäußerte Unterredung nicht den kleinsten Schaden im Herzen seiner Verlobten zurückgelassen.“

Drüben in Frau Marias Arbeitszimmer waren unterdessen recht ernsthafte Dinge verhandelt worden. Dinge, deren Erwiderung für Herr Dr. Ederstrom sich vielleicht noch wichtiger gewiesen war, als die geschäftliche Besprechung, der zuliebe er angeblich diese abermahlige Meise nach Berlin unternommen hatte. Er war ohne viele Umschweife auf seinen Heiratsantrag zurückgekommen, und es hatte ganz den Anschein gehabt, als ob Maria Tridibon darauf vollkommen vorbereitet gewesen sei. „Ich fühle mich zwar noch nicht als alter Mann“, hatte er sich schon früher gebräutete Wendung wiederholt, „aber ich darf doch nicht verfehlen, daß der Tag nicht mehr allzu fern ist, an dem ich mich durch eine normale Heirat dem Gespött der Leute preisgeben würde. Mit Signes Verlobung ist auch der letzte Grund hinlänglich geworfen, der Sie bisher zum Aufschub Ihrer Entscheidung bestimmte. Darum müssen Sie mir nun endlich eine Antwort geben, liebe Maria, an die ich mich halten kann.“

„Was für ein unbarberiger Gläubiger Sie doch sind!“ hatte sie lakisch erwidert. „Meine Schuld ist noch kaum fällig geworden, und Sie sind auch schon da, um sie einzutreiben. Signes Verlobung soll also wirklich auch für mich das Ende meiner goldenen Freiheit bedeuten?“

„Ah, Sie wissen recht gut, daß Ihrer Freiheit kein Abbruch geschieht wird, auch wenn Sie Frau Maria Ederstrom geworden sind. Ich kenne Sie zu lange, als daß ich mich jemals verlaßt fühlen könnte, Ihnen ein Joch aufzuerlegen. Es war eine lange Wartezeit, zu der Sie mich verurteilt hatten. Und Sie werden mich nun durch sehr viel Freundschaft dafür entschädigen müssen.“ — „Ich will mich bemühen, Ihnen ein guter Kamerad zu sein, und Ihrem Namen keine Unreue machen. Was darüber hinaus ist, soll man sich nicht vorher versprechen. Ich will nichts als eine Verpflichtung auf mich nehmen, was nur

das freie Gehehen der Stunde sein darf, wenn es den Gebek bequäme, so wie bei Empfangen.“

Wenn es als ein Aussehen gemeint war, Herr Dr. Ederstrom empfand es jedenfalls nur als eine Verhöhnung. Und er sah so zufrieden aus und wie nur je bei dem Abschluss eines glänzenden Geschäftes. „Sie sind die Klügste und die beste Frau auf der Welt“, sagte er im Tone ehrlicher Heberzeugung. „Wann aber werden Sie nun als meine schöne Herrin die Schwelle meines neuen Hauses in Salsjöbaden übersehen? Denn daß ich da draußen den Sommer nicht mehr einjam verleben will, ist ganz selbstverständlich.“ — „Geduld, lieber Freund! Zwei vernünftige und gelebte Leute, wie wir, dürfen keine törichten Streiche machen. Sie haben eine Antwort verlangt, an die Sie sich halten können, und ich habe sie Ihnen gegeben. Aber vor Signes Hochzeit darf natürlich niemand davon erfahren. Und auch dann werden wir schicklicherweise noch eine gewisse Zeit vertrieben lassen, ehe wir die Welt durch unser Verhältnis überfluten. Auf den Sommer also dürfen Sie sich nicht kaprizieren.“

Herr Dr. Ederstrom machte ein enttäuschtes Gesicht. „Sie sind grausam, Weibchen! Bedenken Sie, daß ich mit den Wochen und Monaten nicht mehr so leistungsfähig und verschwendungsfähig umgehen darf, wie ein Jüngling. Und wieviel glücklicher Homaganten könnten wir da draußen auf meinem Fischersee verleben, als in dem unruhigen, winterlichen Geriebe von Stockholm.“

Da kam ein stolzer, herrischer Zug in Frau Marias schönes Antlitz, und sie warf mit einer königlichen Geste den Kopf zurück. „So muß ich wohl ganz offen sein, mein Freund! — Ja, ich habe noch einen anderen, triftigeren Grund, unsere Hochzeit bis zum Beginn des Winters hinauszuschieben. Wenn ich als Ihre Gattin nach Schweden komme, will ich nicht nicht verstorben und gleichzeitig auf dem Umwege über eine Willkür in die Gesellschaft zurückzuführen, die mich einst aus Ihren Reihen ausgestoßen hat: Gerade, wenn das Stockholm Gesellschaftsleben auf seiner Höhe steht, will ich erhabenen Gesellschaftsleben auf meine ehemaligen Bekannten und sogenannten Freunde treten. Wenn Sie mich eitel oder frech oder wie Sie sonst noch nach einem solchen Augenblick des Triumphes gefehlt haben.“ — „Und ich wäre sicherlich der Letzte, Sie um die Erfüllung dieser Sehnsucht zu bringen. Ein Wunsch, der sich auf solche Gründe fügen kann, ist selbstverständlich von vornherein gemüht. Aber müssen wir wirklich auch vor Signe und vor meinem Neffen ein Geheimnis machen aus dem, was heute zwischen uns beschlossen worden ist?“

Fortsetzung folgt.

...e  
...cht  
...bar.  
...ach-  
...markt 2  
...en,  
...Jahre  
...Zun-  
...gen  
...ig und  
...ern,  
...mallich,  
...Etlich.  
...leb,  
...und  
...striebe  
...mmot  
...g  
...Reden-  
...monit  
...dungen  
...e. Nur  
...icht.  
...ais  
...1924  
...ark  
...ch  
...belmäch-  
...stellen  
...on  
...ann,  
...g.  
...mer  
...en  
...en zu  
...petition  
...t  
...t sofort  
...t. 12.  
...chts

# Polens Politik gegen die deutschen Minderheiten.

Von Dr. Rudolf Meyers-Schwaned.

Die jüngste „Kulturart“ unseres Nachbarn im Osten war bekanntlich die Vertreibung tausender deutscher Männer, Frauen und Kinder. Diese Gewaltmaßnahme, die in der deutschen öffentlichen Meinung eine einmütigen Entzündungsfrei auslöste, ist jedoch leider nichts Neues, keine Einzelerfahrung; sie bildet vielmehr nur ein neues Glied, sicherlich nicht das letzte, in der Kette ganz ähnlicher, ja fast völlig gleicher zielbewusster politischer Maßnahmen. Polen kennt sein Ziel, es weiß, was es will: Rückwärtslose Polonisierung der ihm mäkellos zugefallenen rein deutschen Lande. Die deutsche Öffentlichkeit sollte sich daher mehr dem Geschehen im nahen Osten zuwenden und sich daran erinnern, wie die Deutschen in Polen seit der Verfallener Unterdrückung behandelt wurden.

In den Gebieten des jetzigen Polen lebten im Jahre 1910 (einschließlich der Deutschen in Kongresspolen und Wolhynien) und zwei Millionen Deutsche, eine gewiß beträchtliche Minderheit in einem Staatswesen von noch nicht dreißig Millionen Einwohnern. Daneben zählte jedoch Polen noch andere Minderheitengruppen — Litauer, Weißrussen, Ukrainer, Estländer — die gemeinsam mit den Deutschen in ihrer Gesamtheit die übermäßige absolute Mehrheit der Bevölkerung Polens ausmachten. Heute gibt die polnische Statistik die Zahl der auf polnischen Gebieten lebenden Minderheiten auf nur insgesamt sieben Millionen an, das ist nur noch rund 24 Prozent seiner Bevölkerung an. Ob diese Statistik richtig ist, steht dahin. Sicher aber ist, daß zielbewusste „Minoritätenpolitik“ viel erreicht hat. Von den Maßnahmen gegenüber den nichtdeutschen Minderheiten soll hier nicht gesprochen werden. Wohl aber ist es der Mühe wert und von allgemeinem Interesse, die Politik Polens gegen die deutsche, die intellektuelle und damit unabweisbare Minorität, seit dem Entstehen des polnischen Staatswesens kurz zu beleuchten.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle alle die Punkte des Verfallener Diskurs zu behandeln, die den Polen Wadmittiel gegen die Deutschen in die Hand gaben. Kurz erwähnt sei nur, daß den Polen das Recht der Liquidation des Vermögens und der Annahmierung, d. h. praktisch die Entzerrung deutschen Grundbesitzes zustand. Polens hat von diesen Rechten durch Schaffung und rücksichtslose Durchführung von Gesetzen weitestgehenden Gebrauch gemacht. Die betroffenen deutschen Anwesender kennen die „polnischen Diebstahlsgefesse“, und können von der Art, wie sie angewandt wurden, erzählen. Ein weiterer Artikel des Friedensvertrages gab den Deutschen in Polen das Recht, bis zum 10. Januar 1922 für Deutschland zu optieren, d. h. zu erklären, daß sie deutsche Staatsangehörige, auch in Polen zu bleiben wünschten. Den deutschen Optanten stand es nach den weiteren Bestimmungen frei, während des folgenden Jahres ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen und ihr bewegliches Gut vollfrei über die Grenze zu schaffen. Diese letzte Bestimmung hat die polnische Regierung von Anfang an grundätzlich anders ausgelegt, als sie ihrem Wortlaut und Sinn nach aufgefacht werden muß. Polen hat freis betont, daß es nach seiner Auffassung auf Abwanderung aller deutschen Optanten bestehen könne und werde. Die deutsche Auffassung war entgegengefest, die Nachfolge ungeklärt.

Das hinderte die Polen nicht, mit allen erdenklichen Mitteln, durch Schikanierungen aller Art, sowie durch direkte und indirekte Zwangsmaßnahmen auf das deutsche Element einzuwirken, von seinem Recht der Abwanderung in weitem Maße Gebrauch zu machen. Der Erfolg blieb nicht aus. Im Jahre 1919 legte ein Deutsches abstimmt aus Polen ein, dessen Größe und Gewalt in der deutschen Öffentlichkeit noch nicht voll erkannt ist. Unausgeseht bis weit in das Jahr 1923 hinein trafen beinahe täglich Abwanderungstransporte in den Uebernahmestellen an der deutschen Ostgrenze ein. Die deutsche Regierung und die Regierung Preußens mußten eine sich über das ganze

Reich erstreckende Flüchtlingsfürsorge einrichten. Es gab im Sommer 1922 über dreißig solcher Flüchtlingslager, wie sich jetzt eines in Schneidemühl befindet. Ende 1923 ebte der Betriebseinstrom ab. Er hatte die Höhe von insgesamt rund 800 000 Menschen erreicht. Die Organisation der amtlichen Flüchtlingsfürsorge wurde am 31. Dezember 1923 aufgelöst, nachdem ihr — das darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden — während der Zeit ihres Bestehens auch die Fürsorge für die aus dem polnisch geborenen Oberschichten betriebenen rund 60 000 Deutschen zur Aufgabe geworden war.

Mit der Vertreibung der fast 900 000 Deutschen hatte jedoch Polen sein Ziel noch nicht erreicht. Noch befanden sich rund 27 000 deutsche Optanten in diesem Gebiet; darüber hinaus noch viele Hunderttausende deutscher Abstammung, die aber inwärtlich, weil sie nicht optiert haben, automatisch polnische Staatsangehörige geworden sind. Gegen diese vorzugehen, gab und gibt es keine Handhabe. Sie sind auch die Ingeführten und Eltern hauptsächlich das deutsche Element in Kongresspolen und Wolhynien. Jene aber, die Reste der zurückgebliebenen deutschen Optanten, mußten noch verschwinden. Der auf polnische Initiative gefällte Wiener Schiedspruch vom 30. August 1924 gab endlich die erwünschte Handhabe, gegen die Rezenten einzuschreiten, gab das „Recht“, sie zwangsweise abzuführen. Der dringende Wunsch deutscher amtlicher Stellen, von der Abwanderungspflicht wenigstens Greise, Schwerkrankenbesidigte, Wunden und Waisen auszunehmen, wurde zurückgewiesen. Alle deutschen Hoffnungen auf die Menschlichkeit Polens waren vergeblich. Die rücksichtslos in Schneidemühl eingetrossenen Vertriebenen sind die ersten der letzten noch in Polen verbliebenen deutschen Optanten. Polen wird nicht ruhen, bis es sein Ziel erreicht hat, wird den beschrittenen Weg bis zu Ende gehen. — Rae viets!

## Eine Anfrage an den Reichskanzler.

Zur Frage des künftigen Schanflättengesetzes hat der Abgeordnete Professor Strathmann an den Reichskanzler einen Brief gerichtet. Der Brief hatte folgenden Wortlaut: „Es ist bekannt geworden, daß Vertreter der Wirtschaftspartei die Verhandlungen über die Steuererhöhung für ihre Zustimmung zu der Steuererhöhung das Zugeständnis zu entlocken, daß das künftige Schanflättengesetz das Gemeindebestimmungsrecht nicht enthalten solle. Sie gelatte mir darauf aufmerksam zu machen, daß es sich hierbei um eine Frage handelt, die keineswegs etwa nur eine formale Angelegenheit, sondern die von erheblicher Wichtigkeit ist, weil die verschiedenen Wirkungen des Alkohols als für körperliche, geistige und sittliche Gesundheit, wie auch auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Volkes betragend und sich im tiefsten Gewissen verantwortlich fühlen, dem Volke auf diesem Gebiete zu helfen. Im ich über das zu unterrichten, was erteilt ist, wollen Sie die Güte haben, den belagerten Zeitungs- und Journalisten, die in der Bremer „Nationalen Rundschau“ veröffentlichen habe, besonders in ihrem Schlußteil durchzugehen. (Der belagerte Aufsatz gab in gedrängter Kürze in Anknüpfung an den Reichstagsbeschluss vom 18. Februar zur Schanflättensfrage eine Begründung für die Forderung des Gemeindebestimmungsrechts und eine Auseinandersetzung mit den Ablehnungen der für dieses die einseitigen Bestimmungen.) Sie gelatte mir darauf aufmerksam zu machen, daß die gesamte evangelische Kirche Deutschlands seine Gedanken teilt, ohne sich auf Einzelheiten festgelegt zu haben. Sie hat durch ihre offiziellen Organe durch eine förmliche Entschließung des Deutschen evangelischen Kirchentages im Frühjahrs des vergangenen Jahres die Angelegenheit ausdrücklich beauftragt, den Angelegenheiten, wobei nicht niemand von einer Entzerrung Deutschlands, das eine Einschränkung des Anzugs müssen wir verlangen. Diese ethisch und politisch, ihrer Staatsgewinnung nach, sicherlich besonders wertvollen Kreise würden es nicht verfehlen, ja sie werden ernstlich in ihrem Vertrauen zu Ihnen, Herr Reichskanzler, erachtet werden, wenn sie auf diesem Gebiete der reinen Interessensvertretung des Alkohols als des des Galtwirtschafte, die nichts als ihre Wirtschaftsinteressen vertreten, unter völliger Zurücklegung allen sozialen Verantwortungsbewußtseins, die Hand

reichem würden. Mit den rücksichtslos streifen verlangten schloße Vereine, die sich die Bestimmung des Glens aller Art zur Aufgabe machen, das Galtwirtschafte, aber fehlen darf es nicht.“ Der Reichskanzler hat von dem Briefe Kenntnis genommen und ihn dem Wirtschaftsinstitut weitergeleitet.

## Wirtschaftspolitische Betrachtungen zum Gemeindebestimmungsrecht.

Zu den Gelegenheitsfällen, mit denen sich der deutsche Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt im November zu beschäftigen haben wird, gehört das schon so lange schwebende „Schanflättengesetz“. In dem betreffenden „Gemeindebestimmungsrecht“ vor. Der Minister ist folgendes zu verheßen: Durch Landesgesetz soll den Gemeinden das Recht verliehen werden, durch eine Abstimmung der Wähler über die fünftige Behandlung der Alkoholfrage zu beschließen. Dem Wahlberechtigten wird eine Reihe von Fragen vorgelegt, z. B. ob Schanflättensfragen durch Ergebung oder Verkauf an einen anderen Abnehmer oder nicht vielmehr erlösen sollen; weiter ob Schanflättensfragen durch Ergebung oder Verkauf an einen in der betreffenden Gemeinde weiter gestatter sein soll oder nicht. Die Anhänger des Gemeindebestimmungsrechtes erklären, daß sie nur eine Einschränkung des Alkoholschuldes nicht aber eine völlige Ausrottung des Alkoholschuldes erreichen. Auf den zahlreichen Antialkoholischen Zeugnissen, die im Frühjahr hutzutage in großer Zahl aufgefunden worden, daß die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes natürlich nichts anderes sei als die Vorläuferin eines absoluten Alkoholverbotes nach amerikanischem Muster. Man wird also in dieser Frage weniger die günstigen oder ungünstigen Folgen einer Gemeindebestimmung für oder gegen das Alkoholschulde als vielmehr die Aufmerksamkeiten überhaupst zu unterdrücken, kritisieren müssen.

Die Erfahrungen, die America mit dem Alkoholverbot seit Mitte 1919 gemacht hat, sind wahrlich nicht erteuert. Ein amerikanischer Senator äußerte sich über die Trockenlegung seines Landes wie folgt: „Man hat ein Gesetz erlassen, das nicht durchgefacht werden kann. Dieses Gesetz hat eine Korruption zur Folge gehabt, die nicht aufgefacht werden kann, weil die in engem Zusammenhang mit dem Gesetz bringen wurde.“ In der Tat sind wieder in America noch in den beiden anderen ganz trockenen Ländern, Vermont und Minnland, die von den Anhängern des Alkoholverbotes prophetisch günstigen Folgen eingetreten. Der Gesundheitszustand hat sich nicht geboten, die Moral hat sich nicht gebessert und die Gefamtheit sind auch nicht leter geworden.

Es ist eine ganz uninnige Behauptung, das deutsche Volk sei in irgendeiner erheblichen Maße vom Alkoholschulde befallen. Die Statistik zeigt etwas ganz anderes. Im Vergleich zu den letzten Vorjahresjahren ist der Verbrauch an Bier auf den Kopf der Bevölkerung gerundet um etwa 40 Prozent, der Verbrauch an Branntwein sogar um 80 Prozent gesunken. Dies heißt natürlich im engen Zusammenhang mit der Abnahme in dieser Beziehung wenigstens das Zeugnis ausstellen dürfen, daß er aus seiner verfalleneren wirtschaftlichen Lage die richtige Konsequenz gezogen habe. Sowie sich die Behörde in diese persönlichen Dinge einmischen, wird bei vielen wohl möglichen Feinden geradezu ein Verhängnis über sie ausgehen, für die nächsten Jahre des wirtschaftlichen Aufbaues und der ausenpolitischen Betreibung haben wir ein erhöhtes Maß an öffentlicher Moral, nicht aber ein geringeres Maß wie es ein Alkoholverbot zur Folge haben würde, notwendig. Es mag auch nicht leicht, daß wir bei der Einführung eines Alkoholschuldes anderen Interessen entgegenstehen würden, die jetzt nicht nur menschliche Genußmittel, sondern auch — Schlempe und Bierreie — wertvolle Raststoffe und Mittel erzeugen. Endlich darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Brauerei- und Brenneier-Industrie erhebliche Steuererträge in die Reichskasse liefert.

## Dajen im Flachen.

Dreißig Jahre Film.

Von Dr. Rudolf Harnis-Weißig.

Der Mensch der zwei Dimensionen, nur bestehend aus Länge und Breite, ist eine Unmöglichkeit — sagt man. Und heute existiert er, angebetet von Dutzendertinnen weiblichen und oft männlichen Geschlechtes, verpörrtet von dem Großkritischer Gelehrter — America ausgenommen, wo man ihn jedoch in Princeton den ersten Schritt an der Unmöglichkeit erreicht — erhebt als angebliches Zielobjekt von Tausenden mit romantischen Schwärmer. Ursprünglich liegt seine Heimat in der fünften und sechsten Dimension, in der die Gesetze einer natürlichen Wirklichkeit aufgehen. Eigentlich ist er auch jetzt noch dort zu Hause, denn seine Lebensform ist höchst unwirlich. Ihm trägt er Anzüge, Strawatten, Schuhwerk wie wir, scheint es zu fragen, denn alle diese Dinge existieren nur nach der Breite und Länge, ihre Ausdehnbarkeit ist nicht tafentlich, sondern schlechtere Fernwirkung. Das Wesentlichste aber ist wohl die Durchsichtigkeit dieser dünnhäutigen Schemen.

Jahrhunderte haben sich die klugen Köpfe gedreht, um den Stein der Weisen zu finden, der alles, was er berührt, in Gold verwandelt. In zahllosem Maße haben die kühnen unerschrockenen Forscher Probleme nachgegangen, ein Ebenbild des lebendigen Menschen aus Kraft und Stoff zu formen. Aus gläsernen Retorten und eisernen Tiegeln brodelte Dampf; in Alchemiekenntnissen wurden fremdartige Mischungen erzeugt, ohne zum Erfolg zu führen. Aus unerschöpflich Wirklichkeit wurde furchtbar phantastischer Traum: Sagen wie die Erschaffung des künstlichen Menschen — Golem entstehen auf solcher Grundlage aus Nichts vor zwingender Notwendigkeit. Vergeblicher Versuch des Nihilismus-Problems, bis man sich beichtig, das künstliche Menschlein nicht plastisch formen zu wollen, sondern sich zunächst mit dem Eindrud des Plastischen zu begnügen.

So entstand vor dreißig Jahren vor aller Welt Augen leuchtend aus der Masse vieler Mühe und Arbeit Er, der Filmfisch.

Der Film ist eine der interessantesten Kunstarten, die wir kennen. Er ist der Spiegel unserer Welt, das Dajen im Flachen, unzeit, flüchtig, fahatig, angreifbar. Da er selbst aus bewegtem Licht besteht, das irgendwo auf die platten Grenzen des Raumes — die Projektionswand — auftritt, braucht er als notwendige Lebensbedingung Filmrinne, jedenfalls soweit, daß seine Erzeugungsstätte — die weiße

Wand — in Schwärze gefüllt ist: eine Lebensform im Dunkeln, gesengt aus Licht.

Heute gibt es allein in America, knapp gerechnet, 17 000 Kinos! Eine einzigartige Entwicklung im Lauf von dreißig Jahren. Es lohnt sich daher, die Fäden aufzudecken, die zu dem in mehr als einer Hinsicht bedeutungsvollen Jahr 1895 geführt haben, das das Dajen im Flachen seinen Anfang nahm, das auf der Kinowand in weidgerechtem Maßstab „alle Augen aufspritzte“.

„Kines der Bilder verschwindet, ein anderes in anderer Stellung tritt an den Platz des ersten und dieses scheint sich dann zu bewegen.“ Jene erste Theorie des Filmvorganges ist in Lutzers' Buch „De natura rerum“ aufgefacht. Heute wissen wir, daß dieser Vorgang der „Reproduzierung“ beim Bewegungserlebnis des Films nur unvollständige Bedeutung hat, ohne an rein physiologisch erklärbarer Bewegungsvorgang etwas zu ändern. Erst im Jahre 1862 nach Christi Geburt kam die Geschichte des Kinetographen wieder ein Stück vorwärts: Athanasius Kirchner, ein Schulmeister, erfand die Janderlaterne. Zweihundert Jahre später, 1832, griffen Stamper in Wien und Plateau in Paris, 1839, schließlich voneinander die Gedanken des Zuckers im Strohofop wieder auf, das heute noch als Kinderspielzeug unter dem Namen Wundertrimmel in den Handel kommt.

Der Film ist eine Massentunnt; nur so versteht sich im Einzelne die schwierigste und kostspieligste Herstellung des Bildbandes. Erst nach der Erfindung der durchsichtigen Bilder, auf Glas gemalt, konnte man die Vorführung vielen Zuschauern zu gleicher Zeit verdeutlichen. Die erste allgemeine sichtbare Vorführung von Bewegungsbildern — die Bilder des Strohofopes hatten ihren Sitz auf durchsichtigen Papierstreifen — geschah 1857 durch Franz Lubatius, ebenfalls einen Desterreicher. Es ist ein interessanter Zufall, daß gerade in dieser Epoche die Photographie erfunden wurde, die natürlich ganz anders erachte Bilder ermöglichte. Während sich ein heutiger Spielfilm aus 50 bis 75 000 kleinen Einzelbildern zusammensetzt, war man notwendigerweise damals durch die Plattenform und die Blasgröße des Einzelbildes stark eingeschränkt und brachte es höchstens auf 64 Bilder.

1879 erfand Ottomar Anshütz einen Momentverschluß, mit dem er 1882 die ersten „lebenden Photographien“ herstellte. Er ordnete „zwei Apparate hintereinander an und schaltete die Momentverschlüsse nacheinander aus. Zu demselben Zweck wurden die ersten „lebenden“ Bilder den Grundriss tafentlich vorgeführt. Janssen löste im gleichen Jahr das Problem ähnlich durch den „photographischen Revolver“. Im

photographischen Revolver liegt der Ursprung des Malierfreuwerkes, der Seele des modernen Kinetographen.

Ein Jahr später entstand das erste noch unbedeutende Filmband: eine große Papierrolle mit Bromsilberaufsatz. Auf ihr konnten nun eine große Reihe kleiner Zeilenbilder hintereinander „flieg“ in rascher Zeit auf die Leinwand projiziert. 1888 erfanden Edwin S. Eastman, Walter und unbedeutend, das Kinetographen-System, das durchsichtige, schmiegsame Filmband, zu dem Edison 1891 die Perforation schuf: Der Beginn des modernen Films. Alle späteren Erfindungen sind nur noch Erfindungen technischer Art.

Die erste öffentliche Filmvorführung fand im Jreca 1895 statt, also genau vor dreißig Jahren. Viele Reagierende waren gekommen um im Grand-Gala in Lyon die geheimnisvolle Sektion mitzumachen, von der niemand so recht Näheres erfahren konnte. Der Wirt lud seine Gäste mit zuvernehmender Miene in den Keller, wo man ein ausgepantes Leinwand sah. Plötzlich war auch dieses verschwunden, da zum allgemeinen Gaudium das Licht erlosch und einer Stoffinrinne Platz machte. Beider Gottes Folge es dabei bleiben. Der erste Kinetograph ging nicht, trotz aller Bemühungen. Der Wirt entging mit knapper Not dem Verprügeln nur dadurch, daß er eine Brauereigenin beauftragte, die als Ersatz bei Kerzenlicht unter Mandolinbegleitung den Gästen die Zukunft einbüllte. An eine Zukunft des Films glaubte man damals nicht mehr.

Und doch ist alles anders gekommen. Dreißigtausend Millionen Deutsche allein beschauen heute täglich ein Kino. Der Film aber ist ein Zeiden unserer Zeit geworden. Wie der zwanzigste Jahrhundert ist die Schmiegsamkeit aus sich selbst in die Welt gedungen. Sie wurde 1908 offiziell von den Journalisten als künstlerisches Ausdrucksmittel festgelegt. Der Film ist die Welt der Bewegung. Der Film ist die Welt des Schmelzens. Die Welt als Ohr verführt, die Welt als Auge taucht auf. Aber diese Welt ist farblos, auf schwarz und weiß verteilt, raumloser, zweidimensional, über groß und somit wirklichstremd: Dajen im Flachen. Hier liegt des Films tiefste Idee: ein gefittres, von der Wandlart des Alltags erlöses, sowie erlöses Spiel mit der Wirklichkeit unserer täglichen Gewohnheiten und Gebräuche. Seine tiefste Ausdrucksfähigkeit spannt ihn über die Kreise der Zeiten und Räume.

Erträumes und Wahres, von den stammelnden Lauten des eben Geborenen zu den ersten Sternen, moht ihn zum Beherrscher von Raum und Zeit, deren „Maßstab und Vorzeichen“ er beständig ändern kann.

Ein wahres Kind unserer Zeit.



